

Jürgen Klute

Behinderung und Armut¹

Einleitung

"Im Jahr 2005 lebten in Deutschland 8,6 Mio. Behinderte, darunter 6,7 Mio. Schwerbehinderte. Die Zahl von Menschen mit schwerer Behinderung nimmt zu. Im Jahr 2007 gab es schon ca. 200.000 Schwerbehinderte mehr. Bezogen auf die gesamte Bevölkerung war Jede/r Zwölfte schwerbehindert. Vor allem im Alter nahmen die Behinderungen überproportional zu. 74 Prozent der Betroffenen waren älter als 55 Jahre.

Im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren befanden sich 2005 etwa 4,4 Mio. Behinderte. Davon zählte knapp die Hälfte zu den Erwerbspersonen. Damit liegt die Erwerbsquote behinderter Menschen mit 50 Prozent deutlich unter der von Nichtbehinderten mit 76 Prozent."

Dieses Zitat ist dem DGB-Papier "Arbeitsmarkt aktuell" vom Februar 2009 (02/2009) mit dem Schwerpunktthema "Menschen mit Behinderung. Gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben weit entfernt" entnommen.

Die hier vorgestellten Zahlen sind eindeutig. Der Zugang zu einer Erwerbsarbeit ist eine nur sehr schwer überwindbare Hürde für Menschen mit Behinderungen.

Mit Fug und Recht kann man sagen, dass wir es hier mit Auswirkungen des neoliberalen Umbaus des Sozialstaats zu tun haben: Die Wirtschaft zieht sich mehr und mehr zurück aus ihrer sozialstaatlichen Verantwortung, in dem sie immer weniger Behinderte ins Arbeitsleben integriert.

Zugleich öffnet die herrschende Politik den Sozialsektor als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge immer mehr den Begehrlichkeiten der Privatwirtschaft. Was dazu führt, dass soziale und gesundheitliche Dienste immer weniger bedarfsorientiert und immer mehr nach den marktwirtschaftlichen Spielregeln der Profitmaximierung organisiert werden. Das bedeutet, dass die Nutzung sozialer Dienste abhängig wird von der dem Einzelnen zur Verfügung stehenden Kaufkraft, die vielfach keineswegs im Verhältnis zum Bedarf an sozialen Diensten steht.

Die Interessenslagen sind klar: Im Zeitalter der Dienstleistungsgesellschaft will die Privatwirtschaft einen Teil des Budgets für soziale und gesundheitliche Dienstleistungen abschöpfen und der privaten bzw. privatwirtschaftlichen Profitvermehrung zuführen. Ganz in diesem Sinne forderten sechs namhafte Ökonomen Anfang Dezember 2008 in der "Peterberger Erklärung", soziale Dienste marktfähig zu machen. Eine ähnliche Forderung wurde bereits in einem Gutachten des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesfinanzministerium vom August 2006 formuliert.

Leider stellen sich die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände, die im Sozialsektor eine dominierende Rolle spielen, diesen neoliberalen Entwicklungen auch nicht entgegen.

Neoliberale Ideologie und Armut

In den letzten Jahren hat der Begriff Neoliberalismus einen inflationären Gebrauch erfahren. In bestimmten politischen Kontexten ist der Begriff längst zu einem Schimpfwort geworden. Infolge der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Neoliberalismus einen herben Rückschlag erfahren. Selbst der NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat auf dem Kongress christlicher Führungskräfte am 28. Februar und 1. März 2009 in Düsseldorf festgestellt, dass auf neoliberalen Politikansätzen kein Segen liege. Dem würde ich nicht widersprechen wollen.

Doch auch wenn der Neoliberalismus möglicherweise an sein Ende gekommen ist, scheint es mir sinnvoll, diesen Begriff noch etwas näher zu beleuchten – insbesondere den Zusammenhang von Neoliberalismus und Armut.

Der Begriff Neoliberalismus wird – wie schon skizziert – in der öffentlichen Diskussion vor allem mit Wirtschaftspolitik in Zusammenhang gebracht. Der Begriff bezeichnet eine Wirtschaftstheorie, die davon ausgeht, dass durch Kostensenkung die Angebotsseite auf dem Markt – also die Unternehmerseite – entlastet werden muss, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum eine Gesellschaft zu befördern.

Aus dieser Perspektive ist es erklärlich – wenngleich auch nicht akzeptabel –, dass Unternehmen bemüht sind, Menschen mit Behinderungen aus Betrieben fern zu halten. Menschen mit Behinderungen benötigen oft besondere auf ihre Behinderungen eingehende Arbeitsbedingungen. Es kann auch sein, dass Menschen mit Behinderungen nicht ganz so schnell arbeiten, nicht ganz so leistungsfähig sind und infolge ihrer Behinderungen vielleicht auch nicht ganz so oft am Arbeitsplatz sind wie ihre Kolleginnen und Kollegen ohne Behinderungen. Es fallen also mehr Kosten an – angesagt ist im Neoliberalismus aber Kostensenkung und nicht Kostenmehrung.

Aus der Perspektive der Menschenrechte ist es hingegen geboten, Menschen mit Behinderungen eine Teilnahme am Arbeitsleben zu ermöglichen: Denn Arbeit bedeutet Selbständigkeit und soziale Kontakte. Dort, wo aber die Binnenmarkt- und Wettbewerbsordnung der Europäischen Union den freien und unverfälschten Wettbewerb zum obersten Prinzip des Wirtschaftens erklärt, ist für ein solches Menschenrecht offensichtlich kein Platz – einfach, weil es Kosten verursacht, statt Kosten zu senken.

Der Neoliberalismus ist aber nicht allein ein Wirtschaftsmodell. Mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell ist auch ein Menschen- und ein Gesellschaftsbild verbunden. Im folgenden will ich etwas näher erläutern, wie dieses neoliberale Menschen- und Gesellschaftsbild aussieht. Dazu greife ich auf eine Schrift eines der bedeutendsten Theoretiker des Neoliberalismus zurück: Auf die Verfassung der Freiheit von Friedrich August von Hayek (1899-1992).

Ein wesentlicher Aspekt dieses Buches von Hayek ist der Fortschritt und Freiheit als dessen Voraussetzung. Im Fortschritt² sieht Hayek den Sinn menschlichen Lebens. (Wirtschafts)Politik hat nach seinem Verständnis Fortschritt zu ermöglichen und zu fördern³. Das ist das Hauptziel bzw. die Hauptaufgabe von (Wirtschafts)Politik.

Nach Hayeks Vorstellung ist die soziale Spannung zwischen Arm und Reich der Motor des Fortschritts: "Das meiste, wonach wir streben," – so führt Hayek dazu in dem genannten Buch aus – "sind Dinge, die wir wollen, weil andere sie schon haben. Doch während sich eine fortschreitende Gesellschaft auf diesen Prozess des Lernens und des Nachahmens stützt, behandelt sie die Wünsche, die sie weckt, nur als Ansporn zu weiteren Bemühungen. Sie sichert die Ergebnisse nicht jedem zu. Sie kümmert sich nicht um die Pein unerfüllter Wünsche, die durch das Beispiel anderer geweckt werden. Sie erscheint grausam, weil sie in demselben Maß wie ihre Gaben an einige die Wünsche aller vermehrt. Aber so lange sie [die Gesellschaft; Anm. d. A.] sich im Fortschritt befindet, müssen einige führen und die Übrigen nachfolgen."⁴

Zur Rolle der Reichen in diesem Prozess schreibt Hayek an anderer Stelle: "Ein großer Teil der Ausgaben der Reichen dient, obwohl das nicht der beabsichtigte Zweck ist, zur Deckung der Kosten des Experimentierens mit neuen Dingen, die in der Folge den Ärmeren zugänglich gemacht werden können."⁵

Im Klartext heißt das: Eine Gesellschaft braucht Arme, die ein besseres Leben ersehnen. Und eine Gesellschaft braucht Reiche, die einen entsprechenden Lebensstil vorleben. Der Lebensstil der Reichen weckt nach Hayek das Begehren in den Armen, einen Lebensstil, wie ihn die Reichen leben, leben zu wollen. Dieses Begehren – so lautet die zugrunde liegende Annahme – aktiviert die Bereitschaft in den

Armen, mehr zu arbeiten, produktiver zu werden, in der Hoffnung, sich so den Lebensstil der Reichen, sich so ein besseres Leben ermöglichen zu können. Je größer das Maß an Ungleichheit ist, um so mehr Produktivkräfte werden in einer Gesellschaft aktiviert – so die These von F. A. von Hayek⁶. Und umgekehrt: Je geringer das Maß an sozialer Ungleichheit ist, um so unproduktiver ist eine Gesellschaft.

Das ein solches Gesellschaftskonzept Opfer unter den Menschen fordert, ist Hayek bewusst gewesen. Das klingt an in dem obigen Zitat, wenn Hayek sagt: "Sie [die Gesellschaft; Anm. d. A.] kümmert sich nicht um die Pein unerfüllter Wünsche, die durch das Beispiel anderer geweckt werden. Sie erscheint grausam, weil sie in demselben Maß wie ihre Gaben an einige die Wünsche aller vermehrt." Und etwas später heißt es noch direkter: "Die Änderungen, in die sich solche Menschen fügen müssen, gehören zu den Kosten des Fortschritts (...)." ⁷ Für Hayek sind diese Kosten bzw. Opfer unvermeidlich, sie sind dem Fortschritt geschuldet. Sie vermeiden zu wollen, hieße, sich gegen den Fortschritt zu stellen.

Dieses Gesellschaftskonzept, das Hayek entwirft, basiert darauf, dass eine kleine Gruppe von Menschen in einer Gesellschaft mit einem "natürlichen" Führungsanspruch ausgestattet ist. Dieser Führungsanspruch manifestiert sich in der privilegierten materiellen Ausstattung dieser Gruppe. Die materiell weniger gut ausgestattete Mehrheit einer Gesellschaft hingegen bedarf nach Hayek der Führung durch die ökonomische "Elite". Dies bedeutet eine prinzipielle Zweiteilung menschlicher Gesellschaften. Diese prinzipielle Zweiteilung der Gesellschaften in führende Eliten und geführte Mehrheiten ist eine politische Spaltung menschlicher Gesellschaften in einen herrschenden und in einen beherrschten Teil, die sich an der faktischen Verteilung ökonomischer Macht innerhalb einer Gesellschaft orientiert.

Das allen modernen Demokratien zugrunde liegende Prinzip der Gleichheit aller Menschen hat in diesem Gesellschaftskonzept keinen wirklichen Ort. Hayek betrachtet die Mehrzahl der Menschen als eine antriebslose Masse, die der permanenten Armutsandrohung sowie der gleichzeitigen Hoffnung, durch harte Arbeit möglicherweise der persönlichen Armut entfliehen zu können, als Antriebskräfte bedarf, um sich dauerhaft in den Dienst der Wirtschaft zu stellen – zu möglichst niedrigen Kosten für die Wirtschaft.

Kommen wir zu unserem Ausgangsthema zurück: Behinderung und Armut. Hayek hat ein sehr formelhaftes Bild vom Menschen und von der Gesellschaft: Sie besteht aus führenden Eliten und zur Faulenzerei neigenden trägen Massen.

In diesem Formalismus kommen Menschen mit ihrer Persönlichkeit, mit Ihrer Individualität nicht vor. Sie kommen weder mit ihren Stärken noch mit ihren Schwächen vor. Und das es neben gesunden und leistungsfähigen – wenn auch trägen und zur Faulenzerei neigenden – Massen auch noch Menschen gibt, die aufgrund von Behinderungen einer besonderen Beachtung bedürften, kommt in Hayeks Weltbild nicht vor.

Vom Grundsatz her ist Hayeks Gesellschaftsmodell kein inkludierendes, sondern ein exkludierendes Modell. Gesunde Arme sind danach noch produktiv nutzbar. Behinderte Arme aber weisen aus dieser Sicht keinen ausreichenden Nutzen mehr aus.

Insbesondere den Kirchen wird von neoliberalen Wirtschaftsfunktionären gerne die Obhut für diese "nutzlose" Gruppe angetragen: Wer sonst, so hörte man in den letzten Jahren immer mal wieder, sei geeigneter als die Kirchen, sich um die Opfer der Globalisierung, des Strukturwandels u.ä. zu kümmern, also – das wird allerdings nicht laut gesagt – um die "Nutzlosen" und "Überflüssigen".

Damit komme ich zum Paradigmenwechsel im Bereich der sozialen Sicherungssysteme. Im Blick auf unser Thema geht es mir nicht um die Privatisierungen dieser Systeme. Vielmehr möchte ich den Blick auf die Veränderungen Argumentationsmuster lenken, mit denen Anspruch auf soziale Leistungen begründet werden.

Eben hier hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden, der seinen vorläufigen Abschluss mit den so genannten Hartz-Gesetzen erreicht hat.

Peter Hartz sprach vom atmenden Betrieb. Gemeint ist damit, dass ein Betrieb seine Personalkapazitäten fließend an die Produktionskapazitäten anpasst. Dem entsprechend sind die sozialen Sicherungssysteme auf die Bedarfs- bzw. Interessenslagen der Unternehmen amgebaut worden. Das aus der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe konzipierte Arbeitslosengeld II (Hartz IV) ist – ohne große Rücksicht auf soziale Bedarfslagen – so auf den 1. Arbeitsmarkt ausgerichtet worden, dass Arbeitslose unnachgiebig gedrängt werden, zu so gut wie allen Bedingungen eine Erwerbsarbeit aufzunehmen.

Der Sozialstaat ist vom so genannten Welfare-Prinzip auf das so genannte Workfare-Prinzip umgestellt worden. Das heißt, eine soziale Unterstützungsleistung hängt nicht mehr primär von der Bedarfslage ab, sondern von der Bereitschaft, jede angebotene Arbeit anzunehmen.

Vom Fordern und Fördern ist die Rede – wobei das Fördern sehr klein geschrieben wird. Es geht vor allem darum, die Verantwortung für die eigene Lage – trotz struktureller und politisch gewollter Arbeitslosigkeit – dem Individuum zuzuweisen. Zur Erinnerung: In ihrer Denkschrift "Die soziale Sicherung im Industriezeitalter" von 1973 hat die Evangelische Kirche in Deutschland sehr gut herausgearbeitet, dass die großen Lebensrisiken Folge gesellschaftlicher Arbeitsteilung sind und hat mit dieser Einsicht begründet, dass die großen Lebensrisiken ökonomisch durch die Gesellschaft abzusichern sind.

Der Sozialstaat ist neoliberal umdefiniert worden zum aktivierenden Sozialstaat. Das heißt aber nichts anderes als dass die Sozialleistungen nach dem Prinzip des Lohnabstandsgebot berechnet werden – sie sollen deutlich niedriger sein als der niedrigste Tariflohn, um die Bezieherinnen und Bezieher dieser Leistungen zur Arbeitsaufnahme zu aktivieren, wobei ihnen unterstellt wird, grundsätzlich kein Interesse daran zu haben.

Es ist deutlich erkennbar, dass es sich hier um Mechanismen zur Senkung der Kosten der Arbeitslosigkeit bzw. des Sozialstaats handelt.

Die Bedarfe von Behinderten als eigenständiges Thema – auch im Blick auf den Zugang zur Erwerbsarbeit als Voraussetzung für ein auskömmliches und relativ eigenständiges Leben – hat in diesem Denksystem keinen Ort. Denn es basiert nicht auf der Idee der Menschenrechte, die jedem Menschen ein Existenzrecht zusprechen, dass im Bedarfsfall gesellschaftlich-solidarisch abzusichern ist, sondern es basiert auf der neoliberalen Kostensenkungslogik. Nur mehr den "Arbeitswilligen" und letztlich nur denen, die produktiv tätig und somit ökonomisch von Nutzen sind, wird ein Existenzrecht eingeräumt. Wer dieser Gruppe nicht angehört, dem wird in der neoliberalen Logik nur ein eingeschränktes Existenzrecht zugestanden, das durch einen sehr engen Kostenrahmen betriebswirtschaftlich definiert ist.

Der Sozialstaat wird also zum Fürsorgestaat umgebaut, in dem nur die vom Sozialstaat bedacht werden, die "wirklich bedürftig" sind, wie es in der entsprechenden politischen Rhetorik heißt. Die Kostenlasten der deutschen Wirtschaft sind auf diese Weise soweit minimiert worden, dass es ihr gelungen ist, ein halbes Jahrzehnt infolge Exportweltmeisterin zu sein. Von daher erklärt sich, dass Behinderung mit einem hohen Armutsrisiko verbunden ist bzw. dieses Risiko in den letzten Jahren wieder zugenommen hat.

Was tun?

Hayek definiert das Verhältnis zwischen Fortschritt und Umverteilung als einen kontradiktorischen Widerspruch und spricht der Umverteilung einen eschatologischen Charakter zu, wenn er sagt: "Irgendwann in der Zukunft, wenn nach einer langen Zeit weltweiter Hebung des materiellen Wohlsstands die Kanäle, durch die er sich ausbreitet, so voll gefüllt sind, daß selbst bei Verlangsamung der Vor-

hut die Letzten noch eine Weile mit unverminderter Geschwindigkeit nachrücken können, werden wir es vielleicht wieder in unserer Macht haben, zu wählen, ob wir in diesem Tempo weitergehen wollen."⁸ Hayeks Begriff von Umverteilung unterstellt, dass Leistungsträger zugunsten von Nicht-Leistungsträgern bzw. "Faulenzern" abgeben sollen.

Weder wird in diesem Zusammenhang der Leistungsbegriff in einer arbeitsteiligen Gesellschaft reflektiert noch wird darauf eingegangen, dass Umverteilung primär darauf zielt, dass die Früchte der Arbeit nicht allein dem Eigentümer der Produktionsmittel zufließen, sondern auch denen, die als Arbeitende an der Wertschöpfung beteiligt sind.

Diesem neoliberalen Konzept einer minimalistischen Armenfürsorge von Hayek steht das Modell eines Sozialstaats gegenüber, der seit 1982 zunächst im Schrittempo und ab 1998 unter der rot-grünen Regierung im Eiltempo abgebaut worden ist.

In einem der Quellentexte des Sozialstaatskonzept – aus dem später die soziale Marktwirtschaft entwickelt worden ist – ist folgendes zu lesen:

*"Zu einer Gesamtwirtschaftsordnung gehört vielmehr eine Sozialordnung. **Wirtschaftsordnungspolitik ist nur ein – allerdings höchst wichtiger, ja unentbehrlicher – Teil der Sozialpolitik**, wobei dieser Ausdruck seinem Wortsinn entsprechend nicht nur verstanden wird als ein Sammelname für die seit 1881 ergriffenen Maßnahmen zur Förderung von Lohnarbeitern, Handwerkern oder Bauern. **Sozialpolitik darf, um ihren Namen zu rechtfertigen, sich nicht auf zusammenhanglose Fürsorgemaßnahmen beschränken; sie muß die gesamte Societas festigen und ständig im Einklange mit den Grundsätzen der Gesamtwirtschaftsordnung stehen.** Sonst werden, wie die namentlich nach 1919 und noch stärker die nach 1929 gemachten Erfahrungen zeigen, wirtschaftliche Folgen ausgelöst, welche gerade den wirtschaftlich Schwachen weit mehr Schaden zufügen, als die zu ihrem Nutzen bestimmten Einzelmaßnahmen zu helfen vermögen."*⁹ (Hervorhebungen durch den Autor.)

Diese Zeilen sind einem Text von Constantin von Dietze von 1942/1943 entnommen. Dietze war Ökonom und Mitglied der bekennenden Kirche und einer der ganz frühen Theoretiker des Sozialstaats.

Bemerkenswert ist, dass Wirtschaftspolitik für Dietze ein Teilbereich der Sozialpolitik ist. Diese Verhältnisbestimmung von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik ist in der heutigen politischen und ökonomischen Elite nicht mehr vertreten. Bemerkenswert ist ebenfalls die Feststellung von Dietze, dass Sozialpolitik sich nicht erschöpft in zusammenhanglosen Fürsorgemaßnahmen. Sozialpolitik, so Dietze, muss die gesamte Gesellschaft festigen – also darauf abzielen, dass niemand aus der Gesellschaft ausgeschlossen und in Armut gedrängt wird. Aufgabe der Sozialpolitik ist also die Sicherstellung der Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben, an Erwerbsarbeit und Einkommen. Das sind entscheidende Sozialstaatskriterien.

Moderner und zugespitzter könnte man auch formulieren, dass das Wesen des Sozialstaats darin besteht, dass er einen relevanten Teil des erwirtschafteten Mehrwerts gesellschaftlich aneignet in Form von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, um damit gesellschaftlich notwendige Arbeiten bzw. Aufgaben zu finanzieren. Der Sinn dieser gesellschaftlichen Aneignung besteht darin, die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten demokratisch zu definieren und ihre Erbringung demokratisch zu steuern und zu kontrollieren.

Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass alle Menschen ein menschenwürdiges Leben leben können – und das eben auch Menschen mit Behinderungen ein menschenwürdiges Leben leben können und in einer ihnen angemessenen Weise an Erwerbsarbeit und am gesellschaftlichen Leben so wie am gesellschaftlichen Reichtum beteiligt werden.

Als Theologe gestatte ich mir zum Abschluss ein paar Sätze aus dem Sozialwort der Kirchen¹⁰ zu zitieren, die aus einer theologischen Perspektive den Sozialstaat beschreiben:

(105) Die christliche Nächstenliebe wendet sich vorrangig den Armen, Schwachen und Benachteiligten zu. So wird die Option für die Armen zum verpflichtenden Kriterium des Handelns.

(107) In der vorrangigen Option für die Armen als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns konkretisiert sich die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe. In der Perspektive einer christlichen Ethik muß darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt. Dabei zielt die biblische Option für die Armen darauf, Ausgrenzungen zu überwinden und alle am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Sie hält an, die Perspektive der Menschen einzunehmen, die im Schatten des Wohlstands leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben. Sie lenkt den Blick auf die Empfindungen der Menschen, auf Kränkungen und Demütigungen von Benachteiligten, auf das Unzumutbare, das Menschenunwürdige, auf strukturelle Ungerechtigkeit. Sie verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen und zu wirkungsvollen Allianzen der Solidarität.

(112) ... Soziale Gerechtigkeit hat insofern völlig zu Recht den Charakter der Parteinahme für alle, die auf Unterstützung und Beistand angewiesen sind ... Sie erschöpft sich nicht in der persönlichen Fürsorge für Benachteiligte, sondern zielt auf den Abbau der strukturellen Ursachen für den Mangel an Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen.

Wenn das, was Sie am heutigen Abend berechtigter Weise an Ungerechtigkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen beklagen, geändert werden soll, dann halte ich es für unabdingbar, dass wir in der Gesellschaft eine Debatte über unser Sozialstaatsverständnis anstoßen, dass wir der neoliberalen Neuauflage des bismarckschen Fürsorgestaates das Modell eines Sozialstaats entgegenstellen und dafür mit Engagement streiten. Das ist einerseits keine leichte Aufgabe, die nebenbei zu erledigen wäre. Andererseits bietet das offensichtliche Scheitern des Neoliberalismus, dass sich in der gegenwärtigen Krise manifestiert, auch die Chance, eine solche Debatte erfolgreich anstoßen zu können. Denn das Scheitern des Neoliberalismus fordert auch neue Orientierungen.

Ich danke für Ihre Geduld.

Anmerkungen

¹ Vortrag für Gemeinsam Wohnen in Bielefeld, gehalten am 19. März 2009.

² "In gewissen Sinne ist Zivilisation Fortschritt und Fortschritt Zivilisation. Die Erhaltung der Zivilisation, die wir kennen, hängt vom Wirken von Kräften ab, die unter günstigen Umständen Fortschritt hervorbringen. Es ist schon richtig, daß die Entwicklung nicht immer zum Besten führt, aber ohne die Kräfte, die sie hervorbringen, könnte die Zivilisation und alles, was wir schätzen – tatsächliche fast alles, was den Menschen vom Tier unterscheidet –, nicht bestehen oder sich zumindest nicht lange halten.

Die Geschichte der Zivilisation ist der Bericht über einen Fortschritt, der in dem kurzen Zeitraum von weniger als achttausend Jahren fast alles geschaffen hat, was wir als wesentlich für das menschliche Leben ansehen. [...]

2. Wenn wir im Zusammenhang mit unseren persönlichen Bemühungen oder organisierter Tätigkeit von Fortschritt sprechen, meinen wir eine Annäherung an ein bekanntes Ziel. Die gesellschaftliche Entwicklung kann nicht in diesem Sinn Fortschritt genannt werden, denn sie wird nicht erreicht, indem die menschliche Vernunft mit bekannten Mitteln ein festes Ziel anstrebt. Es wäre richtiger, sich den Fortschritt als einen Prozeß der Bildung und Modifikation des menschlichen Intellekts vorzustellen, als einen Prozeß der Anpassung und des Lernens, in dessen Verlauf sich nicht nur die uns bekannten Möglichkeiten, sondern auch unsere Wertsetzungen und Wünsche ständig ändern." Hayek, a.a.O., S. 50 f.

³ Albert Schweitzer hat in seinem 1914 bis 1917 ausgearbeiteten und 1923 erschienen Buch "Kultur und Ethik" eine sehr viel skeptischere Sichtweise von "Fortschritt" entwickelt als sie von Hayek eigen ist. Schweitzer unterscheidet zwischen technisch-materiellem und ethischem Fortschritt. Technisch-materieller Fortschritt ist für ihn zweideutig: Er

kann, wie der erste Weltkrieg in schrecklicher Weise vor Augen geführt hat, zur menschenvernichtenden Un-Kultur umkippen. Eindeutig wird Fortschritt erst durch ethischen Fortschritt:

"Ganz allgemein gesagt ist Kultur Fortschritt, materieller und geistiger Fortschritt der Einzelnen wie der Kollektivitäten.

Worin besteht er? Zunächst darin, daß für die Einzelnen wie für die Kollektivitäten der Kampf ums Dasein herabgesetzt wird. Die Schaffung möglichst gedeihlicher Lebensverhältnisse ist eine Forderung, die an sich und im Hinblick auf die geistige und sittliche Vollendung des Einzelnen, die das letzte Ziel der Kultur ist, aufgestellt werden muß. [...]

Der ethische Fortschritt ist also das Wesentliche und das Eindeutige, der materielle das weniger Wesentliche und das Zweifelhafte in der Kulturentwicklung." Albert Schweitzer: Kultur und Ethik. München 1972, S. 35 f.

⁴ Hayek, a.a.O., S. 56.

⁵ Hayek, a.a.O., S. 55.

⁶ Bemerkenswert ist die Akzentverschiebung, die Hayek gegenüber Adam Smith, einem der Väter der modernen Wirtschaftswissenschaften, vornimmt. Für Adam Smith war die *Arbeitsteilung* der Schlüssel zur Produktivitätssteigerung, für von Hayek ist es die *Mobilisierung menschlicher Begehrlichkeiten*.

⁷ Hayek, a.a.O., S. 61.

⁸ Hayek, a.a.O., S. 64.

⁹ Quelle: Constantin von Dietze, Nationalökonomie und Theologie. Mit Anhang: Grundsätze einer Wirtschafts- und Sozialordnung in evangelischer Sicht. Reihe: Das christliche Deutschland von 1933 bis 1945. herausgegeben von einer Arbeitsgemeinschaft katholischer und evangelischer Christen. Evangelische Reihe Heft 2 (Umschlag: Heft 8) Furche Verlag (Tübingen-Stuttgart) 1947.

¹⁰ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. 1997.